

THURGAU, DONNERSTAG, 24.1.2008

Urheberrecht: Die Übernahme dieses Textes bzw. der Fotografie ist verboten. Jede Weiterverwendung des Inhalts dieser Site bedarf der Einwilligung der Redaktion.

© Thurgauer Zeitung

Längere Piste als Schreckensszenario

Die Regierungen der Kantone Thurgau und St. Gallen sprechen sich klar gegen eine Pistenverlängerung beim Flughafen Kloten aus.

Sirnach – Im Sirnacher Gemeindezentrum Dreitannen trafen sich rund 100 Personen zur vierten Mitgliederversammlung der Region Ost, einem Zusammenschluss der Exekutiven von 86 Gemeinden in den Kantonen Zürich, Thurgau und St. Gallen im Osten des Flughafens Zürich. Sie vertritt damit rund 450 000 Einwohner in der Flughafendiskussion. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht das Anliegen, «die Bedeutung des Flughafens als verkehrspolitische Schlüsselinfrastruktur mit den Bedürfnissen der Bevölkerung in den östlichen Siedlungsgebieten nach Lebens- und Wohnqualität ins Gleichgewicht zu bringen».

Mitsprechen können

Mit der Wahl des Tagungsortes habe man ein Zeichen setzen wollen, meinte Präsident Michael Künzle einleitend. Die Region Ost biete Gewähr, dass auch die Thurgauer Gemeinden in der Flughafendiskussion mitsprechen können, denn gemäss Bundesgericht seien diese dazu ja nicht legitimiert. Im öffentlichen Teil der Veranstaltung erhielten die Regierungsräte Hans Peter Ruprecht und Josef Keller die Gelegenheit, die Haltung ihrer Regierungen in der Fluglärmdiskussion zu erläutern. Kurt Baumann, der Gemeindeammann von Sirnach, ging in seinen Begrüßungsworten auf die Befindlichkeit der Bevölkerung ein, die sich im Zentrum des Anflugtrichters befinde. Geografisch nah, fühle man sich politisch meilenweit vom Flughafen Zürich entfernt, weil die Kantonsgrenze eine aktive Teilnahme an der Flughafendiskussion verhindere. Neben der physischen Wahrnehmung setzten sich in der Bevölkerung immer stärker auch Sicherheitsbedenken fest. Man sei erschüttert, wie selbstherrlich im Nachbarkanton mit dem Flughafendossier umgegangen werde. Man fühle sich hier zudem immer mehr zu einem diplomatischen Unterpfeiler bei der Diskussion mit Deutschland degradiert. Die Verlängerung der Piste 28 bedeute für Thurgau Süd ein Schreckensszenario. Die Erwartungen an die Kantonsregierungen von St. Gallen und Thurgau seien gross, denn sie hätten die Möglichkeit, mit derjenigen von Zürich auf Augenhöhe zu diskutieren.

Zur Bundessache werden

Sowohl Ruprecht wie Keller betonten die herausragende wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens. Dieser habe aber, so Ruprecht, Dimensionen erreicht, welche die Aufgaben eines Kantons bei Weitem sprengten. Seiner Ansicht nach müsste die Flughafenpolitik zur Bundessache werden. Heute würde die Fluglärmpolitik zu technokratisch angegangen: keine Grenzwertüberschreitung gleich kein Problem. Es sei zynisch, beim Thurgau von Nichtbetroffenheit zu sprechen.

Die Regierung trete für eine faire, gerechte Aufteilung der Lärmbelastungen ein. Keine Himmelsrichtung dürfe gänzlich entlastet werden. Sie verlange, dass der Warteraum Amiki wieder weiter nach Norden verlegt und der gekröpfte Anflug so rasch wie möglich eingeführt werde. Ruprechts und Kellers konkrete Forderungen lauten: Keine Pistenverlängerung, gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten und die Einhaltung der Nachtruhe. Der Kanton St. Gallen, so Keller, sei in allen Punkten mit dem Thurgau einig. Was die Verhandlungen mit Deutschland betreffe, müsse der Druck aufrecht erhalten bleiben. IALOIS SCHWAGER